

Die öffentliche Meinung

Thomas Petersen

Die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger in vielen Mitgliedsländern zur Europäischen Union (EU) war in den letzten Jahrzehnten stabil und schwankend gleichzeitig. Stabil war sie insofern, als die Krisen der Gemeinschaft – die Diskussionen um den Maastricht-Vertrag, den Beitritt der Türkei, die Osterweiterung, das Scheitern des Verfassungsvertrags, die Einführung des Euro, die Staatsschuldenkrise und Asylkrise sowie den Brexit – in den meisten Ländern bemerkenswert wenig an der Grundhaltung gegenüber der Staatengemeinschaft geändert haben. Im Gegenteil schienen diese Krisen das Gemeinschaftsgefühl in vielen Ländern eher zu stärken.¹

Gleichzeitig aber schwankte die Meinung über den konkreten Zustand der Europäischen Union erheblich, abhängig von den aktuellen Ereignissen der europäischen Politik. So zeigte sich bereits im vergangenen Jahr in einer internationalen Umfrage des European Council of Foreign Relations, dass in allen neun EU-Ländern, die an der Befragung beteiligt waren, mindestens relative Mehrheiten der Bevölkerung sagten, ihr Bild der EU habe sich während der Covid-19-Krise verschlechtert.²

Das Bild der Europäischen Union in den Mitgliedsländern

Dieses Muster – Skepsis gegenüber der aktuellen Politik in Europa bei gleichzeitig stabilen Grundhaltungen gegenüber der EU – zeigt sich auch in Bevölkerungsumfragen aus der zweiten Jahreshälfte 2020 und der ersten Monate des Jahres 2021. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Ergebnisse des „Global Attitudes Survey“ des Pew Research Instituts vom Frühjahr 2021. In dieser Umfrage wurden unter anderem in acht EU-Mitgliedstaaten die Fragen gestellt, ob die Befragten eine sehr gute, eher gute, eher negative oder sehr negative Meinung über die EU hätten, und ob die EU ihre Aufgaben in der Covid-19-Krise sehr gut, recht gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht erfüllt habe. Grafik 1 zeigt die Ergebnisse zu diesen Fragen. Deutliche Mehrheiten in allen beteiligten EU-Ländern außer Griechenland sagten, sie hätten eine positive oder sogar sehr positive Meinung über die EU. In Griechenland zeigte sich die Bevölkerung gespalten: 49 Prozent äußerten eine positive, praktisch gleich viele, 50 Prozent, eine negative Meinung. Die Werte lagen damit – bei allen Unterschieden von Land zu Land im Detail – alles in allem auf dem gleichen Niveau wie in den Vorjahren.³ Griechenland bildet auch in dieser Hinsicht eine Ausnahme, auf die unten noch eingegangen wird. Auch in europäischen Ländern, die an der Umfrage des Pew Research Centers nicht beteiligt waren, deuten die Zahlen der verfügbaren Umfragen auf eine stabile Zustimmung. So hat sich in Polen, wie

1 Vgl. zum Beispiel Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2017, Baden-Baden 2017, S. 197–206, hier S. 198–199; Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2020, Baden-Baden 2020, S. 187–194, hier: S. 188–198.

2 Susi Demison/Pawel Zerka: Together in Trauma. Europeans and the world after Covid-19, in: European Council of Foreign Relations Policy Brief, Juni 2020, abrufbar unter: https://www.ecfr.eu/publications/summary/together_in_trauma_europeans_and_the_world_after_covid_19 (letzter Zugriff: 30.6.2021).

schon im vergangenen Jahr, die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft auf einem Rekordniveau gehalten: 88 Prozent befürworteten im Dezember 2020 die Mitgliedschaft,⁴ grundsätzlich positive Werte zeigten sich auch in Ungarn.⁵

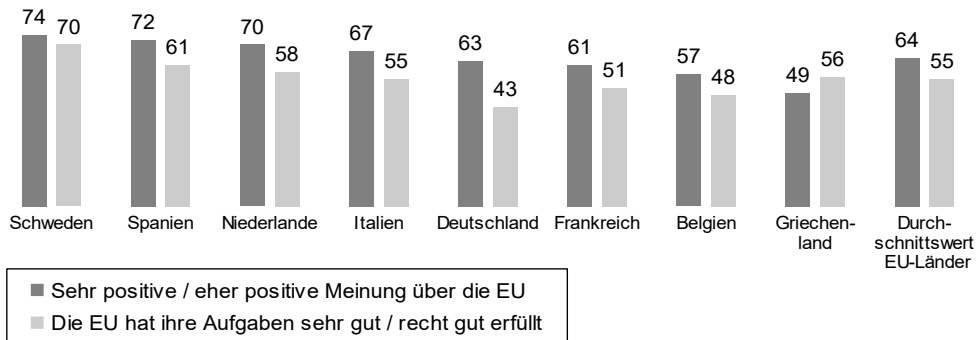
Deutlich zurückhaltender fielen dagegen die Urteile der Befragten über das Covid-19-Krisenmanagement der EU aus. Dass die EU ihre Aufgaben in der Pandemie sehr gut oder recht gut erfüllt habe, sagten im Durchschnitt 55 Prozent der Befragten in allen beteiligten EU-Ländern. Mit Ausnahme Griechenlands lag dabei in allen Ländern der Anteil derjenigen, die hier der Union ein positives Urteil ausstellten, deutlich unter der Zahl derer, die allgemein eine positive Meinung über die EU äußerten.

Grafik 1: Ansehen der EU und Beurteilung des Pandemie-Krisenmanagements der EU

Fragen:

„Bitte sagen Sie mir, ob Sie eine sehr positive Meinung, eine eher positive, eine eher negative oder eine sehr negative Meinung von der Europäischen Union haben.“

„Würden Sie sagen, dass folgende Länder bzw. Organisationen im Umgang mit der Covid-19-Krise ihre Aufgaben sehr gut, recht gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht erfüllt haben? – die Europäische Union“



Quelle: Fetterolf/Kent 2021; Pew Research Center: Global Attitudes Survey, Frühjahr 2021.

Begrenzter Imageschaden in Deutschland

Besonders deutlich ist der Kontrast zwischen dem Urteil über die EU allgemein und dem über das Pandemie-Krisenmanagement in Deutschland. Hier sagten in der Umfrage des Pew Research Centers 63 Prozent, sie hätten von der EU eine sehr gute oder eher gute Meinung, aber nur 43 Prozent, diese habe ihre Aufgabe in der Covid-19-Krise gut erfüllt.

Bestätigt und zusätzlich illustriert wird dieser Befund durch die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach in Deutschland vom April

3 Janell Fetterolf/Nicholas Kent: EU seen favorably across 17 advanced economies, but varies on its coronavirus response, in: Pew Research Center short read, 24.6.2021, abrufbar unter: <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2021/06/24/eu-seen-favorably-across-17-advanced-economies-but-views-vary-on-its-coronavirus-response/> (letzter Zugriff: 30.6.2021); Pew Research Center: Topline Questionnaire, Pew Research Center Spring 2021 Global Attitudes Survey, 24.6.2021, abrufbar unter: <https://www.pewresearch.org/wp-content/uploads/2021/06/EU-topline-for-release-FINAL.pdf> (letzter Zugriff: 30.6.2021).

4 CBOS: Conditionality of the EU budget, in: CBOS Polish Public Opinion 12/2020, S. 2–3, hier S. 2.

5 Michaela Wiegel et al.: Vertrauen ist besser, in: Internationale Politik Special 5/2021, S. 29–33, hier S. 33.

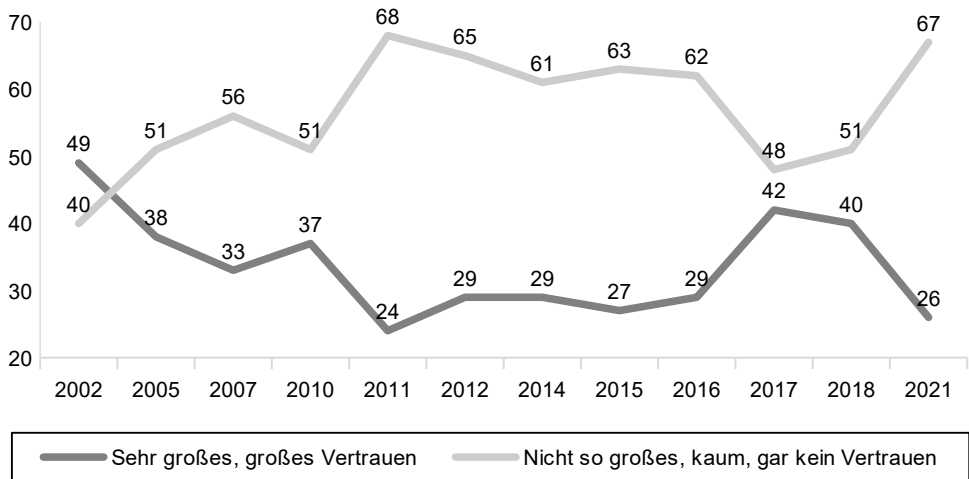
2021. So legten die Interviewer des Instituts bei einer Frage eine Liste mit verschiedenen Institutionen vor. Die Befragten wurden gebeten, anzugeben, wie viel Vertrauen sie in diese Institutionen haben. Am meisten Vertrauen brachten die Befragten dem Grundgesetz und dem Bundesverfassungsgericht entgegen, von denen jeweils mehr als 80 Prozent sagten, sie hätten in sie sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen. Es folgten mit deutlichem Abstand und nahe beieinander der Bundestag, der Bundesrat und die Bundesregierung, denen immerhin noch rund die Hälfte der Befragten sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen entgegenbrachten. Von der Europäischen Kommission sagten dies nur 21 Prozent. Sie lag damit gleichauf mit den in der Öffentlichkeit traditionell besonders misstrauisch betrachteten Parteien.⁶

Nun äußerten die Befragten auch in früheren Umfragen stets deutlich weniger Vertrauen in die Europäische Kommission als in die wichtigsten nationalen Institutionen, doch der Trend in der jüngsten Zeit ist durchaus bezeichnend. Gegenüber 2019 war im Frühjahr 2021 der Anteil derjenigen, die sagen, sie hätten Vertrauen in die Bundesregierung, von – allerdings im langfristigen Vergleich recht niedrigen – 38 auf 50 Prozent gestiegen. Die Zahl derjenigen, die der Europäischen Kommission Vertrauen entgegenbringen, war dagegen in der gleichen Zeit von 30 auf 21 Prozent zurückgegangen.⁷

Noch deutlicher ist die Entwicklung bei der allgemein gehaltenen Frage nach dem Vertrauen in die Europäische Union zu erkennen. Der Anteil derer, die sagten, sie hätten sehr großes oder großes Vertrauen in die Gemeinschaft, fiel von 2018 bis 2021 von 40 auf 26 Prozent, die Zahl derjenigen, die dagegen meinen, sie hätten „nicht so großes“ oder „kaum, gar kein Vertrauen“, stieg von 51 auf 67 Prozent und damit auf das gleiche Niveau wie auf dem Höhepunkt der Staatsschuldenkrise vor zehn Jahren (Grafik 2).

Grafik 2: Deutschland: Vertrauen in die Europäische Union

Frage: „Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union?“



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden, keine Angabe.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7016, 7070, 7099, 10052, 10076, 10087, 11024, 11044, 11056, 11075/III, 11081, 12033.

6 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 12033.

7 Allensbacher Archiv: IfD-Umfragen Nr. 12000, 12033.

Es ist offensichtlich, dass die Probleme mit der Impfstoffbeschaffung zum Ansehensverlust der EU beigetragen haben. Auf die Frage, ob es richtig gewesen sei, den Covid-19-Impfstoff gemeinsam für alle Mitgliedsländer zu beschaffen, oder ob es besser gewesen wäre, wenn jedes Land für sich selbst Impfstoff beschafft hätte, entschieden sich 46 Prozent der Befragten für die zweite Position, nur 34 Prozent für die erste. Die konkretere formulierte Frage, ob Deutschland heute mehr Impfstoff zur Verfügung hätte, wenn es ihn alleine beschafft hätte, wurde noch eindeutiger beantwortet: Fast zwei Drittel, 64 Prozent, sagten, sie glaubten dies. Nur 21 Prozent widersprachen.⁸

Angesichts solcher Ergebnisse ist es nur folgerichtig, dass viele Deutsche die EU-Mitgliedschaft als Hindernis bei der Pandemiebekämpfung betrachten. Bei der allgemein gehaltenen Frage „Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile?“ entschieden sich 34 Prozent für die Antwort „Mehr Vorteile“. Deutlich weniger, 24 Prozent, glaubten, Deutschland habe durch die Mitgliedschaft mehr Nachteile. 32 Prozent glaubten, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus. Ganz anders fielen dagegen die Antworten bei der Frage aus: „Wie sehen Sie das speziell in der aktuellen Corona-Pandemie? Hat Deutschland da durch seine Mitgliedschaft in der EU mehr Vorteile oder mehr Nachteile oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?“ Hier sagten 46 Prozent, Deutschland habe mehr Nachteile, nur acht Prozent meinten, die Vorteile überwiegen.⁹

So hat sich das Bild der EU vor dem Hintergrund ihres Handelns in der Covid-19-Krise zumindest in Deutschland deutlich verdunkelt. Um so bemerkenswerter ist, wie unberührt von dieser Entwicklung die grundlegende Einstellung der deutschen Bevölkerung zur EU geblieben ist: Bei Fragen, die nicht ausdrücklich auf die Tagespolitik und speziell die Covid-19-Krise abzielten, unterschieden sich die Antworten vom Frühjahr 2021 nicht von denen früherer Jahre. So lag der bereits erwähnte Wert von 34 Prozent, die sagten, Deutschland habe durch seine EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile, auf dem gleichen Niveau wie bei den Umfragen im letzten Jahrzehnt.¹⁰

Die Vorstellungen der EU-Bürgerinnen und Bürger, die vor zwei Jahrzehnten noch recht vage waren, haben sich inzwischen anscheinend so verfestigt, dass sie von der aktuellen Situation nur begrenzt beeinflusst werden. Der Imageschaden, den die Probleme der Kommission bei der Impfstoffbeschaffung erzeugt haben, ist damit zwar durchaus in Umfragen erkennbar, aber wahrscheinlich auch zeitlich und in seinem Umfang begrenzt.

Die Bedeutung der finanziellen Unterstützung der Mitgliedsländer

Es wurde oben schon darauf hingewiesen, dass in der international vergleichenden Umfrage des Pew Instituts die Antworten aus Griechenland herausstechen: Das Urteil über die EU ist hier wesentlich negativer als in den anderen Mitgliedstaaten. Dieses Muster zeigte sich verschiedentlich in den letzten Jahren.¹¹ Es liegt nahe, dies als eine Spätfolge der Staatsschuldenkrise vor rund einem Jahrzehnt zu betrachten, die für die Bevölkerung in Griechenland erhebliche Wohlstandseinbußen zur Folge hatte. Gestützt wird die Vermutung durch den Vergleich der Einstellung der griechischen Bevölkerung zur EU mit der Wirtschaftsentwicklung im Land (Grafik 3). Man erkennt, dass der Anteil

8 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 12033.

9 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 12033.

10 Allensbacher Archiv: IfD-Umfragen Nr. 10083, 11000, 11013, 11029, 11038, 11061, 11068, 11081, 12033.

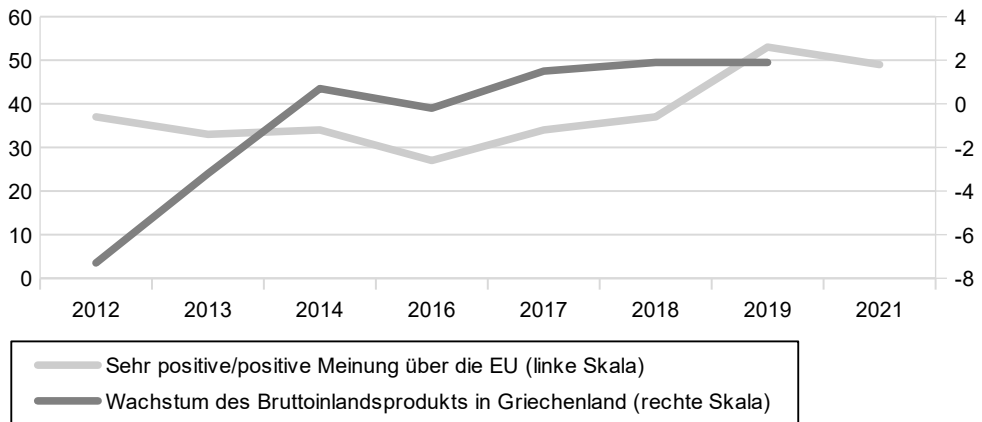
11 Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration* 2019, Baden-Baden 2019, S. 181–188, hier S. 183–184.

derjenigen an der griechischen Bevölkerung, die eine positive Meinung über die EU äußerten, im Jahr 2016 ihren Tiefpunkt erreichte, rund ein Jahr, nachdem es im Frühjahr 2015 zum letzten Mal intensive öffentliche Diskussionen um die Krise in Griechenland gegeben hatte.¹² Seitdem steigt er, von geringfügigen Schwankungen abgesehen, wieder langsam an, parallel zur sich ebenfalls sehr langsam aber doch stetig wieder verbessernden Wirtschaftslage des Landes. Allerdings stimmen die Entwicklungen nicht so stark überein, wie es in Grafik 3 den Anschein hat, denn hier mussten für die Einstellung der Bevölkerung und die Wirtschaftsentwicklung zwei verschiedene Maßstäbe gewählt werden, um beide Trendverläufe in einer Grafik unterbringen zu können. Dennoch ist eine gewisse Übereinstimmung auch mathematisch nachweisbar: Die Korrelation (Pearson) zwischen den beiden Trendverläufen, beträgt, wenn man sie zeitversetzt berechnet, sodass die Wirtschaftsentwicklung vorausläuft, immerhin 0,47. Man kann also mit einiger Vorsicht annehmen, dass das Urteil der griechischen Bevölkerung über die EU wesentlich von der eigenen ökonomischen Lage abhängig ist.

Grafik 3: Griechenland: Die Entwicklung der Meinung über die Europäische Union

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie über die Europäische Union eine sehr gute, eher gute, eher schlechte oder sehr schlechte Meinung haben.“

Antwort: „Sehr positive/eher positive Meinung“



Quelle: Pew Research Center: Global Attitudes Survey, zuletzt Frühjahr 2021, Weltbank.

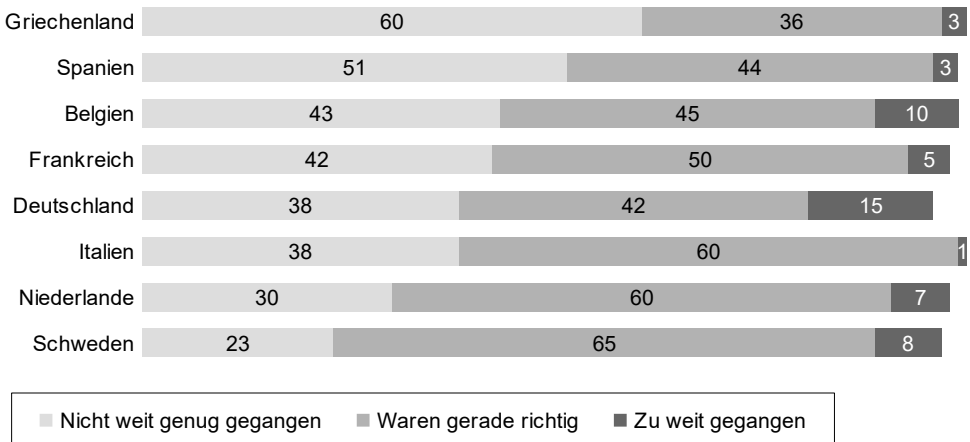
Vor dem Hintergrund dieses Befundes wird deutlich, welche Rolle die Unterstützungsmaßnahmen der EU zur wirtschaftlichen Bewältigung der Covid-19-Krise für die Wahrnehmung der Gemeinschaft bei den europäischen Völkern haben können. Über viele Monate wurde innerhalb der EU-Gremien und in den Mitgliedsländern intensiv über den Wiederaufbaufonds NextGenerationEU (NGEU) und sein Herzstück, die Aufbau und Resilienzfazilität (ARF), diskutiert. Viele politische und gesellschaftliche Akteure, besonders Ökonominen und Ökonomen, äußerten im Verlauf dieser Diskussion erhebliche Bedenken, ob nicht die geplanten Maßnahmen und die mit ihnen verbundene Aufnahme

12 Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2015, Baden-Baden 2015, S. 377–387, hier S. 377–378.

von Schulden die finanzielle Disziplin in der EU und damit letztlich ihre ökonomische Stabilität gefährde.¹³ Doch diese Sorge wird nur von einem kleinen Teil der Bürgerinnen und Bürger in den europäischen Ländern geteilt. Dies zeigen die Ergebnisse einer weiteren Frage aus dem Global Attitudes Survey vom Frühjahr 2021. Sie lautet: „Wenn Sie an die wirtschaftlichen Konsequenzen der Coronakrise denken, sind die wirtschaftlichen Abhilfemaßnahmen der EU zu weit gegangen, nicht weit genug gegangen, ungefähr richtig gewesen?“ Nur wenige Befragte antworteten auf die Frage, die Maßnahmen seien zu weit gegangen. Am größten war der Anteil in Deutschland mit 15 Prozent. Doch auch hier, wie in den Niederlanden und in Schweden – Länder, deren Regierungen zu den sogenannten „sparsamen Vier“ gehörten, die sich lange der gemeinsamen Schuldenaufnahme widersetzt hatten – sagte eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die Maßnahmen seien „ungefähr richtig“ gewesen oder sogar nicht weit genug gegangen (Grafik 4). Man meint zu erkennen, dass die Unterstützungsmaßnahmen vor allem psychologisch wichtig sind, weil sie bei den Bürgerinnen und Bürgern vor allem in den ärmeren Mitgliedstaaten den Eindruck vermitteln, die Länder der EU seien in Solidarität verbunden, ohne dass sie in den reicheren, „sparsamen“ Ländern allzu viel Missmut erzeugen.

Grafik 4: Bewertung der ökonomischen Stabilisierungsmaßnahmen in der Covid-19-Krise

Frage: „Wenn Sie einmal an die wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Krise denken: Ist die Europäische Union in ihren Bemühungen, die wirtschaftlichen Folgen der Krise abzumildern, zu weit gegangen, oder nicht weit genug, oder waren die Bemühungen gerade richtig?“



An 100 fehlende Prozent: Keine Angabe

Quelle: Pew Research Center: Global Attitudes Survey, Frühjahr 2021.

13 Wirtschaftswoche: Steuerzahlerbund kritisiert von der Leyens 750-Milliarden-Paket scharf, 28.5.2021; Florian Dorn/Clemens Fuest: Next Generation EU: Gibt es eine wirtschaftliche Begründung?, in: IfO Schnelldienst 2/2021; Bundesrechnungshof: Bericht nach § 99 BHO zu den möglichen Auswirkungen der gemeinschaftlichen Kreditaufnahme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf den Bundeshaushalt (Wiederaufbaufonds), Bonn 2021, abrufbar unter: <https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/sonderberichte/2021/eu-wiederaufbaufonds-darf-keine-dauereinrichtung-werden> (letzter Zugriff: 5.7.2021).

Der Rechtsstaatsmechanismus

Neben der großen Frage nach der Bewältigung der Covid-19-Krise hat gegen Ende 2020 auch die Diskussion um den europäischen Rechtsstaatsmechanismus einige Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gefunden. Vor allem das Europäische Parlament hatte vehement und schließlich erfolgreich darauf gedrungen, europäische Förderleistungen an einzelne Mitgliedstaaten von der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien abhängig zu machen.¹⁴ Eine Forderung, die vor allem auf die Regierungen in Ungarn und Polen zielte, die zwischenzeitlich drohten, deswegen ihr Veto gegen den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU und NGEU einzulegen. Diese Drohung wurde zwar fallengelassen, doch beendet ist die Auseinandersetzung damit noch nicht. Im März klagten Ungarn und Polen vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Regelung.¹⁵ Man kann darüber spekulieren, inwieweit sich hinter diesen Auseinandersetzungen nicht nur ein Konflikt zwischen populistischen und an der liberalen Demokratie orientierten Regierungen handelt, sondern darüber hinaus um die Folge grundsätzlich unterschiedlicher Weltanschauungen der Bevölkerungen im Westen und Osten Europas. Tatsächlich lässt sich zeigen, dass ein solcher Bruch zwischen Ost und West zumindest in Bezug auf die Akzeptanz von Einwanderung besteht.¹⁶ In Ungarn scheint auch der Versuch der Regierung, diese weltanschaulichen Unterschiede gegen die Europäische Kommission zu instrumentalisieren, einigen Erfolg zu haben. So war Ende 2020 nach den Angaben der Hinrich Böll Stiftung die Hälfte der ungarischen Bevölkerung der Ansicht, dass die EU mit dem Rechtsstaatsmechanismus Ungarn für seine Einwanderungspolitik „bestrafen“ wolle.¹⁷

In Polen ist die Einstellung der Bevölkerung zu diesem Thema dagegen weniger deutlich. Das Warschauer Umfrageinstitut CBOS ermittelte im Dezember 2020, dass 42 Prozent der polnischen Bevölkerung der Ansicht waren, dass der Rechtsstaatsmechanismus Ausdruck einer „Feindseligkeit gegenüber den Regierungen einiger EU-Staaten“ sei. Nicht viel weniger, 38 Prozent, meinten dagegen, die Regelung sei das Resultat echter Sorge um die Rechtsstaatlichkeit in manchen EU-Ländern. Ebenso gespalten zeigte sich die polnische Bevölkerung bei der Frage, ob der Rechtsstaatsmechanismus eine akzeptable Form des Drucks auf die betroffenen Regierungen sei. 40 Prozent bejahten diese Frage, 37 Prozent verneinten sie.¹⁸ Und bei der Frage, ob man es grundsätzlich für richtig halte, wenn die EU Zahlungen an ihre Mitgliedsländer von der Rechtsstaatlichkeit in diesen Ländern abhängig macht, sagte sogar eine klare relative Mehrheit von 46 zu 36 Prozent, sie halte dies für richtig (Grafik 5). Man erkennt, dass die Haltung der Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema auch in den ostmitteleuropäischen Ländern nicht einheitlich ist. Zumindest in Polen, einem Land, in dem sich die Bevölkerung in der Vergangenheit durchaus empfindlich gegenüber tatsächlichen oder auch nur vermuteten Eingriffen in die nationale Souveränität gezeigt hat,¹⁹ ist die Gegnerschaft gegenüber dem

14 Werner Mussler: EU einigt sich bei Rechtsstaatsmechanismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.11.2020.

15 Thomas Gutschker: Polen und Ungarn klagen gegen EU-Rechtsstaatsmechanismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.3.2021.

16 Vera Messing/Bence Ságvári: *Cemwnting European Divisions. Mapping of European Attitudes towards Migration*, Friedrich Ebert Stiftung 2020, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/16566.pdf> (letzter Zugriff: 6.7.2021).

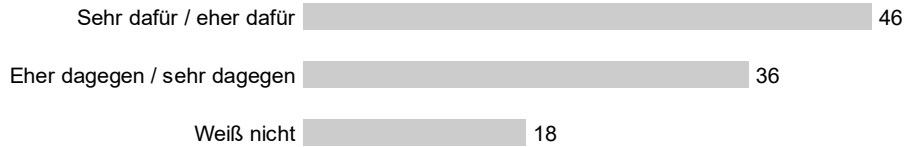
17 Patrik Szicherle: Was ist von Ungarns Haushaltsveto zu halten?, Heinrich-Böll-Stiftung 2020, abrufbar unter: <https://www.boell.de/de/2020/12/07/ungarns-haushaltsveto> (letzter Zugriff: 6.7.2021).

18 CBOS: Conditionality, 2020, hier S. 3.

Rechtsstaatsmechanismus keineswegs so eindeutig, wie man angesichts des Tonfalls mancher Diskussion auf Regierungsebene annehmen könnte.

Grafik 5: Polen: Akzeptanz des Rechtsstaatsmechanismus

Frage: „Die Europäische Union plant, Zahlungen an die Mitgliedsländer von der Rechtsstaatlichkeit in den Ländern abhängig zu machen. Sind Sie für eine solche Regelung?“



Quelle: CBOS: Polish Public Opinion 12/2020, S. 2.

Das Bewusstsein von der Notwendigkeit der europäischen Integration

Betrachtet man die Umfrageergebnisse zur EU in den letzten Jahren als Ganzes, kann man den Eindruck gewinnen, dass die Wahrnehmung der Defizite und Probleme in der europäischen Politik bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht, wie oft angenommen wird, dazu führt, dass der Einigungsprozess als Ganzes in Frage gestellt wird, sondern eher im Gegenteil dazu, dass mehr als zuvor darauf gedrängt wird, diese Defizite zu beseitigen und die Einigung weiter voranzutreiben. Dies mag auf den ersten Blick überraschen, es wird aber vielleicht verständlich, wenn man die geopolitische Dimension des europäischen Einigungsprojekts berücksichtigt. Zumindest der deutschen Bevölkerung ist die relative Schwäche der europäischen Länder im globalen Vergleich durchaus bewusst. Der These „Wenn die europäischen Länder nicht zusammenhalten oder zusammenarbeiten, wird Europa in der Welt bald nichts mehr zu sagen haben“ stimmten im April 2021 66 Prozent der Befragten zu. Nur 16 Prozent widersprachen.²⁰ So kann man annehmen, dass die EU in ihrer jetzigen Form bei den meisten Deutschen – wie auch bei den anderen europäischen Völkern – zwar auch in absehbarer Zukunft keine Begeisterung auslösen wird, doch zumindest eine relative Mehrheit sieht zu ihrer Stärkung anscheinend keine sinnvolle Alternative.

19 Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2018, Baden-Baden 2018, S. 153–160, hier S. 159–160.

20 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 21033.